

Pressemitteilung Nr. 3 / 2022 vom 19. Januar 2023

Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität in Bayern nehmen ab: Da reicht reine Ankündigungspolitik à la Söder nicht mehr aus.

In seiner neuerlichen Wahlkampfrede zur Bildung setzt Ministerpräsident Söder auf das Abwerben von Lehrkräften aus anderen Bundesländern. Dabei hat der Lehrer*innenmangel in *allen* Ländern bedrohliche Ausmaße, und das zunehmend seit dem Jahr 2014. Die CSU-Methode der finanziellen Konkurrenz lehnt die GEW als eine reine Problemverschiebung ab. Bei Abwerbe-Erfolgen würden die reicheren Länder die Profiteure sein. Die GEW schlägt einen Staatsvertrag der Länder zur Lehrkräfteausbildung und zur Deckung des Lehrkräftebedarfs vor. Eine Verabredung der Kultusministerkonferenz, dass gegenseitig keine Lehrer*innen abgeworben werden, gibt es bereits – sie reicht aber offenbar nicht aus.

Martina Borgendale, Landesvorsitzende der GEW, wundert sich: „Wir sehen das aggressive Abwerben von Lehrkräften aus anderen Bundesländern als den völlig falschen Ansatz. Leider ein weiterer Beleg für die bayerische Vorfahrtsmentalität, die die soziale Ungleichheit und Bildungsungerechtigkeit in Deutschland immer weiter verschärfen wird. Stattdessen brauchen wir einen Staatsvertrag der Länder zur Lehrkräfteausbildung und Zielvereinbarungen mit den Universitäten zu der für sie wenig attraktiven Lehrkräfteausbildung.“

Die vom Ministerpräsidenten versprochenen 2.000 neuen Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsycholog*innen und Verwaltungskräfte sind selbstverständlich dringend notwendig. Nicht sehr weiterführend ist sein Versprechen in den kommenden sechs Jahren jedes Jahr 1.000 neue Lehrer*innenstellen zu schaffen: In den letzten fünf Jahren hat die Staatsregierung insgesamt bereits 5.600 neue Stellen angekündigt. Entscheidend ist, ob und wann Pädagog*innen in den Schulen vor Ort ankommen.

Um Lehrkräfte zu gewinnen und auch langfristig zu halten, müssen endlich die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die Bezahlung der Referendar*innen und Anwärter*innen muss deutlich angehoben werden. Die überaus hohen Abbruchquoten im Studium und im Vorbereitungsdienst müssen gesenkt werden. Zu alledem von Herrn Söder kein Wort. Er muss die Kanzel der reinen Ankündigungen verlassen und dringend im Sinne einer guten Bildung für alle Schüler*innen „liefern“. Zu der versprochenen Bezahlung für Lehrer*innen an Grund- und Mittelschulen nach A 13 fehlt z. B. nach wie vor ein verbindlicher „Fahrplan“ der Staatsregierung. Martina Borgendale unterstreicht: „A 13 für Grund- und Mittelschullehrer*innen noch vor der Wahl und gleichzeitig für beide Schularten sowie ohne einen Stufenplan wäre ein wichtiger erster Schritt. Zudem die bessere Bezahlung der Fach- und Förderlehrer*innen. So könnte Herr Söder gleich beweisen, dass er es mit der besseren Versorgung mit Lehrkräften ernst meint.“

Das vorgeschlagene Praxissemester im Lehramtsstudium ist erst einmal sehr sinnvoll. Der große Wurf für die dringend erforderliche Reform der Lehrer*innenbildung, die Söder auch angekündigt hat, kann das aber noch nicht sein. Die GEW schlägt eine einphasige Lehrer*innenbildung vor, die praktische und theoretische Ausbildung von Anfang an integriert. Damit würde der Vorbereitungsdienst entfallen. Zudem sollen die Lehrkräfte nur für bestimmte Klassenstufen ausgebildet werden und somit wesentlich flexibler einsetzbar sein.

Keinesfalls dürfen Studierende als „Gratis-Arbeitskräfte“ ausgebeutet werden. An den Schulen arbeiten seit Jahren Student*innen gegen Bezahlung, nicht nur zur Nachmittagsbetreuung und zur Nachhilfe: Sie dürfen inzwischen auch Fachunterricht oder Klassenleitungen übernehmen. Bei der Ankündigung von künftig „wohnortnahen“ Arbeitsplätzen für Lehrer*innen dürfte der Staatregierung u. a. weiterhin ihre miserable Landesentwicklungspolitik auf die Füße fallen – solange Wachstumsregionen zu stark gefördert und andere Gebiete abgehängt werden. Das Erfolgsmodell der „Sprach-Kitas“ mit Mitteln des Freistaats weiter zu finanzieren ist eine längst überfällige Entscheidung von Landtag und Staatsregierung. Zahlreiche andere Bundesländer haben dies längst im Sinne der Verbesserung von Bildungschancen zugesagt, für die betroffenen Kinder, Eltern und Beschäftigten.

Für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an:

Martina Borgendale, Landesvorsitzende, martina.borgendale@gew-bayern.de, 089 / 544081-17

Florian Kohl, stellvertretender Vorsitzender, florian.kohl@gew.bayern, 0170 / 36 23 36 1

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist ein starkes Team von über 280.000 Frauen und Männern, die in pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen arbeiten: In Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen und anderen pädagogischen Einrichtungen. Die GEW ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht unparteiisch. Das bedeutet: Wir ergreifen Partei für die Beschäftigten, für die Entwicklung und den Ausbau eines demokratischen Bildungswesens.

Weitere Informationen zum Landesverband Bayern finden Sie unter: <https://www.gew-bayern.de>